



Geschäftsführung Integrationsrat

Herr Vetter

Telefon: (0221) 221-23195

Fax: (0221) 221-6523195

E-Mail: andreas.vetter@stadt-koeln.de

Datum: 23.02.2015

Beschlussprotokoll

über die **Sitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 19.01.2015, 15:00 Uhr bis 18:15 Uhr, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

I. Öffentlicher Teil

1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen

1.1 Antrag zur Beratung der Änderungsanträge zum Interkulturellen Maßnahmenprogramm – Maßnahmenempfehlungen (AN/1392/2014 und AN/1452/2014) AN/1821/2014

Beschluss:

Der Integrationsrat befasst sich mit

- dem Änderungs- bzw. Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion vom 27.10.2014 (AN/1392/2014) und
- dem Änderungs- bzw. Ersetzungsantrag von Herrn Keltek, Frau Coban, Herrn Eddis, Frau Giurano und Frau Maleki vom 18.11.2014 (AN/1452/2014).

Hierbei ist auch über den Antrag zur Bereitstellung eines Integrationsbudgets in Höhe von 1,3 Mill. € zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

1.2 Änderungsantrag zu TOP 2.1 Interkulturelles Maßnahmenprogramm AN/1459/2014

Beschluss: (zu GA 9 - Psychosoziale Betreuung von Flüchtlingen)

Die Verbesserung der psychosozialen Versorgung durch Einrichtung einer Stelle Psychotherapie findet Berücksichtigung in der Anlage B (höchste Priorität) und wird damit aus der Gruppe C (niedrigste Priorität) entfernt. Hierzu sind ausreichende Kapazitäten vorzusehen, den steigenden Flüchtlingszahlen laufend anzupassen und deren Finanzierung sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

1.3 Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 2225/2014 - 'Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmenempfehlungen' AN/1604/2014

Die Änderungsempfehlungen aus dem Änderungsantrag wurden im Integrationsrat vom Vorsitzenden Herrn Keltek einzeln aufgerufen und abgestimmt.

Beschluss:

Es gilt für jede beschlossene Änderung mit zusätzlichem Finanzbedarf der Grundsatz aus der Beschlussvorlage 2225/2014: Die Verwaltung wird beauftragt, die mit hoch priorisierten Maßnahmenvorschläge zur abschließenden Beschlussfassung durch den Rat im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2015 vorzulegen.

Der Integrationsrat beschließt folgende Änderungen der Beschlussvorlage der Verwaltung ‚Interkulturelles Maßnahmenprogramm – Maßnahmenempfehlungen, 2225/2014‘:

Zu Maßnahmenempfehlungen in inhaltlicher Zuständigkeit des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen.

zu Anlage 1:

- AVR 3: *(Thema: Verwaltungsmitarbeiter*innen sollen ihre Sprachkompetenz einsetzen dürfen)*
Änderung der Bewertung der Verwaltung in ‚Hohe Priorität‘ - Verschiebung in Anlage 2:
„Die Verwaltung wird aufgefordert darauf hinzuwirken, dass städtische Mitarbeitende ihre vorhandenen Sprachkompetenzen aktiv einsetzen, falls erforderlich.“

Einstimmig zugestimmt

Zu Anlage 2:

- AVR 5: *(Thema: Rücknahme der Kürzungen bei der Unabhängigen Beratungsstelle)*
„Aufgrund der gestiegenen Flüchtlingszahlen soll eine Rücknahme der Kürzungen der Unabhängigen Beratungsstelle, sowie die Erhöhung des Jahreszuschusses um 25.000,- € erfolgen. Verweis bzgl. des Budgets in die Haushaltsplanberatungen.“

Einstimmig zugestimmt

Zu Anlage 3:

- AVR 6: *(Thema: Umsetzung der Bestimmungen aus dem AGG)*
Änderung der Bewertung der Verwaltung in ‚Hohe Priorität‘ - Verschiebung in Anlage 2.
„Entgegen der Bewertung durch die Verwaltung wird weitergehender Regelungsbedarf gesehen. Die Verwaltung wird beauftragt, eine städtische Antidiskriminierungsrichtlinie zu erlassen. Ein daraus evtl. entstehendes Kontroll- und Berichtswesen ist bzgl. seines Budgets in die Haushaltsplanberatungen zu verweisen“.

Einstimmig zugestimmt

- AVR 7: *(Thema: Formulierung von städtischen Standards für eine diskriminierungsfreie Sprache)*
Änderung der Bewertung der Verwaltung in ‚Hohe Priorität‘ – Verschiebung in Anlage 2.
„Die Verwaltung wird beauftragt, Standards zur sprachlichen Sensibilisierung der Verwaltungsmitarbeitenden zu entwickeln. Diese Standards müssen den städtischen Beschäftigten in geeigneter Form vermittelt werden.“

Einstimmig zugestimmt

- AVR 8: *(Thema: Aufnahme Querschnittsthematik Interkulturelle Kompetenz in städt. Fortbildungsangeboten)*
Änderung der Bewertung der Verwaltung in ‚Hohe Priorität‘ – Verschiebung in Anlage 2.
„Die Verwaltung wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass alle städtischen Mitarbeitenden im Rahmen ihrer Fortbildungen auch mit dem Thema Interkulturelle Kompetenz vertraut gemacht werden.“

Einstimmig zugestimmt

- AVR 9: *(Thema: Erhebung des Anteils städtischer Beschäftigter mit Migrationshintergrund)*
Änderung der Bewertung der Verwaltung in ‚Hohe Priorität‘ – Verschiebung in Anlage 2.
„Die Verwaltung wird beauftragt, die Erhebung durchzuführen. Es wird darauf hingewiesen, dass diese Art der Befragung bereits bei der Landesverwaltung NRW und einer Vielzahl von Städten durchgeführt wurde. Eine Umsetzung ist z.B. durch eine zentrale Abfrage per Mail und Nutzung der technischen Antwortmöglichkeiten, sowie anschließender Auswertung durch Studierende der Fachhochschule öffentliche Verwaltung müsste kostengünstig möglich sein.“

Mehrheitlich zugestimmt bei 5 Enthaltungen (SPD- und FDP-Fraktion)

- AVR 10: *(Thema: Verstärkte Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund; Interkulturelle Kompetenz als Kriterium bei städtischen Stellenbesetzungsverfahren)*
Änderung der Bewertung der Verwaltung in ‚Hohe Priorität‘ – Verschiebung in Anlage 2.
„Die Verwaltung wird aufgefordert, die Kriterien des städtischen Stellenbesetzungsverfahrens so zu gestalten, dass dem ethnisch-demografischen Wandel der Stadtgesellschaft Rechnung getragen wird und sich dieser Wandel mittelfristig auch bei den Beschäftigten der Stadtverwaltung widerspiegelt.
Die Verwaltung wird aufgefordert, Interkulturelle Kompetenz als Kriterium beim Stellenbesetzungsverfahren einzuführen. Die Argumentation der Verwaltung, lediglich dann interkulturelle Kenntnisse und Fähigkeiten zu verlangen, wenn dies die Aufgabenwahrnehmung erfordert, ist nicht nachvollziehbar, da zwischenzeitlich interkulturelle und fremdsprachige Kompetenzen in fast allen Verwaltungseinheiten (insbesondere in Bereichen mit Publikumsverkehr) von hohem Nutzen sind.“

Mehrheitlich zugestimmt mit 13 Stimmen bei 11 Gegenstimmen

- AVR 12: *(Thema: Förderung der Interkulturellen Kompetenz städt. Beschäftigter durch Schulungen etc.)*
Änderung der Bewertung der Verwaltung in ‚Hohe Priorität‘ – Verschiebung in Anlage 2.

„Die Verwaltung wird aufgefordert, ein umfassendes Konzept zur systematischen Förderung der interkulturellen Kompetenz aller städtischen Beschäftigten vorzulegen. In der Bewertung der Verwaltung scheint bislang nicht realisiert zu werden, dass Interkulturelle Kompetenz in nahezu allen Verwaltungseinheiten notwendig ist. Über 50% der unter 18jährigen Kölner*innen haben einen Migrationshintergrund (Tendenz steigend). Zur Umsetzung ist ein Budget in Höhe von 100.000,- € / Jahr vorzusehen“.

Einstimmig zugestimmt

Zu Maßnahmenempfehlungen in inhaltlicher Zuständigkeit des Ausschusses Kunst und Kultur

zu Anlage 3:

- **KuKu 3:** *(Thema: Neuausrichtung des Förderkonzeptes Interkulturelle Kunstprojekte)*
Änderung der Bewertung der Verwaltung in ‚Hohe Priorität‘ – Verschiebung in Anlage 2.
„Die Verwaltung wird aufgefordert, das vorhandene Förderkonzept zu beachten und wieder eine zielgerichtete Förderung Interkultureller Kunstprojekte mit eigener Spartenzuständigkeit (koordiniert mit 1/2 Stelle = ca. 30.000,- €) und einem Förderbudget in Höhe der ursprünglich dafür vorgesehenen 130.000,- €/Jahr sicher zu stellen. Die aktuell von der Verwaltung praktizierte Aufteilung und Vergabe des Förderbudgets innerhalb der Sparten ist nicht zielführend und verhindert die Entwicklung und Etablierung interkultureller Kunstprojekte.“

Einstimmig zugestimmt bei einer Enthaltung (FDP-Fraktion)

- **KuKu 4:** *(Thema: Konzeptentwicklung mit Interkultureller Szene und Akademie der Künste)*
Änderung der Bewertung der Verwaltung in ‚Hohe Priorität‘ – Verschiebung in Anlage 2

Einstimmig zugestimmt

- **KuKu 5:** *(Thema: Erhebung und Analysen von kulturellen Präferenzen und Kulturnutzung, durch die Akademie der Künste)*
„Die Ratsmitglieder im Aufsichtsrat der Akademie der Künste werden gebeten, ihren Einfluss geltend zu machen, damit die Maßnahmenempfehlung entsprechend umgesetzt wird.“

Einstimmig zugestimmt

Zu Maßnahmenempfehlungen in inhaltlicher Zuständigkeit des Jugendhilfeausschusses

zu Anlage 2:

- **JHA 4:** *(Thema: Einrichtung herkunftssprachlicher Kindergartengruppen)*
„Zur Umsetzung des von der Verwaltung aktuell erstellten Konzeptes zur Einrichtung bilingualer Kindergartengruppen, soll als Startfinanzierung für mindestens 10

bilinguale Gruppen ein Budget in Höhe von mindestens 150.000,- €/Jahr bereitgestellt werden.“

Mehrheitlich zugestimmt bei 6 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen

- JHA 5: (Thema: Didaktisches Material für herkunftssprachliche Kindergartengruppen)
wird durch JHA 4 mit abgedeckt
- JHA 8: (Thema: Einsatz von Sprach- und Kulturmittlern)
Siehe unter Sose 13

zu Anlage 3:

- JHA 9: (Thema: Kriterium Interkulturelle Öffnung bei Neubeauftragung von Familienbildungsstätten)
Änderungsantrag in Hohe Priorität – Verschiebung in Anlage 2

Einstimmig zugestimmt

Änderungsanträge zu Maßnahmenempfehlungen in inhaltlicher Zuständigkeit des Gesundheitsausschusses

Die SPD-Fraktion beantragt, die Beratung zu den Änderungsanträgen zu vertagen.

Mehrheitlich bei 5 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen zugestimmt

Zu Maßnahmenempfehlungen in inhaltlicher Zuständigkeit des Stadtentwicklungsausschusses

zu Anlage 3:

- SteA 1: (Thema: Bürgerbeteiligungsverfahren sollen auch Menschen mit Migrationshintergrund erreichen)
Änderung der Bewertung der Verwaltung in ‚Hohe Priorität‘ – Verschiebung in Anlage 2.
„Bürgerbeteiligungsverfahren im Rahmen von Bauleitverfahren führen in ihrer heutigen Form zu einer mangelnden Repräsentativität von Beteiligungsprozessen und deren Ergebnissen. Dieses ist ein generelles Problem welches beispielsweise auch an Vorschlägen zum Bürgerhaushalt abzulesen ist, welche schwerpunktmäßig aus bevorzugten Wohnlagen kommen. Aus diesem Grund wird die Stadtverwaltung aufgefordert, bei der geplanten Neudefinition von Beteiligungsverfahren, die Interessen bisher weniger beteiligter Bevölkerungsgruppen und damit auch die Interessen von Migrantinnen und Migranten stärker zu berücksichtigen.“

Einstimmig zugestimmt

- SteA 2: (Thema: Berücksichtigung interkultureller Bedarfe bei der Gestaltung des öffentlichen Raums)
„Die Verwaltung wird aufgefordert, ein Pilotprojekt zur Gestaltung eines geeigneten öffentlichen Raums vorzulegen, wie den Bedürfnissen einer veränderten ethnisch-demographischen Zusammensetzung der Stadtbevölkerung Rechnung getragen werden kann (Plätze, Grünanlagen und Spielplätze).“

Mehrheitlich zugestimmt bei 5 Enthaltungen (SPD- und FDP-Fraktion)

- SteA 3: (Thema: Einsatz von Sprach- und Kulturmittlern)
Siehe unter Sose 13 – Einrichtung eines gesamtstädtischen Budgets

Änderungsanträge zu Maßnahmenempfehlungen in inhaltlicher Zuständigkeit des Sportausschusses

Der Sportausschuss hat die Änderungsanträge in seiner Sitzung am 11.12.14 übernommen. Es erfolgt keine Abstimmung darüber im Integrationsrat

Änderungsanträge zu Maßnahmenempfehlungen in inhaltlicher Zuständigkeit des Ausschusses Schule und Weiterbildung

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung hat die Änderungsanträge in seiner Sitzung am 15.12.14 übernommen. Es erfolgt keine Abstimmung darüber im Integrationsrat.

Zu Maßnahmenempfehlungen in inhaltlicher Zuständigkeit des Ausschusses Soziales und Senioren

Zu Anlage 2:

- SoSe 3: (Thema: Sicherung der Antidiskriminierungsberatung)
„Neben der Zusetzung des Mitgliedsbeitrages zur ‚Städtekoalition gegen Rassismus‘ wird die von der Verwaltung vorgeschlagene Personalzusetzung befürwortet. Voraussetzung ist, dass sie die Themen Antidiskriminierung von Migrant*innen, Antirassismus und die entsprechende Netzwerkarbeit und Vertretung der Stadt Köln zu diesen Themen, abdeckt.“

Einstimmig zugestimmt

- SoSe 6: (Thema: Sicherstellung Weiterfinanzierung Interkulturelle Zentren)
„Eine Aufstockung der verwaltungsseitig vorgeschlagenen Finanzmittel um 50.000,- € auf insgesamt 446.000,- €/Jahr ist dringend erforderlich, um weitere Interkulturelle Zentren fördern zu können. Es wird darauf hingewiesen, dass die Kölner Interkulturellen Zentren im Jahr 2013 bei einem institutionellen städtischen Zuschuss von knapp 400.000,- €, zusätzlich ca. 890.000,- € städtische Projektgelder und weitere ca. 2,6 Millionen € nichtstädtische Drittmittel (EU, Bund, Land, Stiftungen) für die integrative Arbeit in Köln, einwerben konnten.“

Einstimmig zugestimmt.

- SoSe 13: (Thema: Einsatz von Sprach- und Kulturmittlern - darin auch SuW 8, SteA 3, JHA 8)
„Die Verwaltung wird aufgefordert, ein gesamtstädtisches Konzept zum zentralen Einsatz von Sprach- und Kulturmittlern in allen städtischen Dienststellen zu erstellen. Zur Umsetzung ist ein Budget in Höhe von mindestens 200.000,- €/Jahr bereit zu stellen. Da es sich hier um ein Unterstützungsangebot für alle Verwaltungseinheiten handelt, sollte die Umsetzung der Maßnahmenempfehlung zentral beim Personaldezernat erfolgen.“

Der Integrationsrat schließt sich einstimmig dem Votum aus dem Ausschuss Soziales und Senioren an, befürwortet die Maßnahme grundsätzlich und wartet bzgl. eines konkreten Budgets auf das Ergebnis einer Prüfung durch die Verwaltung.

Zur Einrichtung eines Gesamtbudgets („Integrationsbudget“)

Die Verwaltung wird aufgefordert, zur Umsetzung aller der in der Sitzung des Integrationsrates vom 24.11.2014 und der heutigen Sitzung vom 19.01.2015 vom Integrationsrat beschlossenen Maßnahmen (mit Ausnahme der Änderungsanträge zum Gesundheitsausschuss), ab 2015 ein auskömmliches Gesamtbudget -berechnet nach den Entscheidungen der jeweiligen Fachausschüsse- zu den Maßnahmenempfehlungen einzurichten.

Anschließend soll der Finanzausschuss im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2015 beschließen. Es geht hierbei um die Einrichtung eines Integrationsbudgets. Über die Verwendung entscheiden die Fachausschüsse und der Finanzausschuss im Rahmen der Haushaltsplanberatungen.

- 1.4 Mitteilung zur Entscheidung der Fachausschüsse zum Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmenempfehlungen; Vorlage 2225/2014 3950/2014**

- 2 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
 - 2.1 Stellungnahme der Polizei Köln zu Vorfällen während einer Demonstration von 'Hogesa' am 22.11.14 in Köln 0006/2015**

 - 2.2 Anfrage zu Legitimationsaccessoires der Integrationsratsmitglieder 3993/2015**

 - 2.3 Ehrenamtliches Engagement für Flüchtlinge - Anfrage der Partei Deine Freunde gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates AN/1804/2014 4004/2015**

- 3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
 - 3.1 Anfrage zur Durchführung einer Studie zur sozialen Innovationsfähigkeit im Bereich Integration AN/1820/2014**

 - 3.2 Anfrage zur Gemeinde der 'Barbaros Moschee' AN/1822/2015**

 - 3.3 Anfrage zur Änderung der Optionsregelung AN/0003/2015**

- 3.4 Anfrage zu Stellvertretern der Mitglieder des Integrationsrates
AN/0074/2015**

- 4 Mitteilungen**

- 4.1 Situation Sicherheits- und Wachdienst in Flüchtlingseinrichtungen im
Stadtbezirk Köln-Rodenkirchen
Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates der FDP-Fraktion in
der Bezirksvertretung 2 vom 20.10.2014 (AN/1300/2014)
3316/2014**

- 4.2 Mitteilung über die Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion in der
Bezirksvertretung Porz zur Flüchtlingsunterkunft Poller Damm
3568/2014**

- 4.3 Beschulung von zugereisten Kindern und Jugendlichen in Köln, Sach-
standsbericht zum 31.10.2014
2804/2014**

- 4.4 Vergabeverfahren "Betrieb von städtischen Wohngebäuden für die Un-
terbringung und Betreuung von Flüchtlingen an externe Träger"
0001/2015**

- 4.5 Informationsflyer - Zugang zum Arbeitsmarkt für Migrantinnen und Mig-
ranten
0017/2015**

- 4.6 Berichterstattung in den Medien zur Situation in der Flüchtlingsunter-
kunft Vorgebirgstraße 22 im Stadtteil Neustadt-Süd - aktueller Sachstand
0049/2015**

- 4.7 Pilotprojekte "Willkommen in Köln" und "Integrationslotsen"
4007/2015**

- 5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 6 Berichte**
- 6.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen**
- 6.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)**
- 7 Beschlussvorlagen**
- 7.1 Entsendung von Mitgliedern des Integrationsrates als sachkundige Einwohner in die Fachausschüsse
2314/2014**

Beschluss:

Der Integrationsrat schlägt dem Rat folgende sachkundige Mitglieder als sachkundige Einwohnerin / sachkundigen Einwohner bzw. stellvertretende sachkundige Einwohnerin / stellvertretenden sachkundigen Einwohner für die Fachausschüsse vor.

Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales

Herrn Stefan-Lazar Mitu als sachkundigen Einwohner
Herrn Eli Abeke als Stellvertretung

Ausschuss Anregungen und Beschwerden

Frau Gülgün Durdu als sachkundige Einwohnerin
Herrn Abdullah Aydik als Stellvertretung

Ausschuss Kunst und Kultur

Herrn Turan Özküçük als sachkundigen Einwohner
Frau Jaklin Chatschadorian als Stellvertretung

Ausschuss Schule und Weiterbildung

Frau Ebru Çoban als sachkundige Einwohnerin
Herrn Dr. Zülfükar Genç als Stellvertretung

Ausschuss Soziales und Senioren

Frau Figen Maleki Balajou als sachkundige Einwohnerin
Frau Antonella Giurano als Stellvertretung

Ausschuss Umwelt und Grün

Herr Nebil Bayrakçioğlu als sachkundigen Einwohner
Herr Eugen Litvinov als Stellvertretung

Bauausschuss

Herr Ahmet Altinova als sachkundigen Einwohner
Herr Abdullah Aydik als Stellvertretung

Gesundheitsausschuss

Frau Stella Sherbatova als sachkundige Einwohnerin
Herr Mehmet Ayata als Stellvertretung

Jugendhilfeausschuss

Frau Vilma Ecken als sachkundige Einwohnerin
Herr Silvio Vallecoccia als Stellvertretung

Sportausschuss

Herr Ali Esen als sachkundigen Einwohner
Herr Mehmet Ayata als Stellvertretung

Stadtentwicklungsausschuss

Herr Eli Abeke als sachkundigen Einwohner
Frau Barbara Brunelli als Stellvertretung

Verkehrsausschuss

Herr Abdullah Aydik als sachkundigen Einwohner
Herr Ibrahim Toure als Stellvertretung

Wirtschaftsausschuss

Herr Silvio Vallecoccia als sachkundigen Einwohner
Herr Eugen Litvinov als Stellvertretung

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**7.2 Übertragung von Finanzmitteln des Integrationsrates in das Jahr 2015
3946/2014**

Beschluss:

Der Integrationsrat bittet die Kämmerin um Übertragung der Aufwandsermächtigung der zum Jahresende 2014 nicht verausgabten Mittel der Finanzposition 5095.574.2620.2 - Integration - Werbung, Öffentlichkeits- und Pressearbeit – in Höhe von 6.100,- € in das Jahr 2015.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

9 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates

II. Nichtöffentlicher Teil

1 Mitteilungen